

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Dachlosen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien, und Glasereien, in Puger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Spolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232.

Kontoführer: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale. Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11.

### Vertuschung der Wahrheit und der deutschen Unternehmer brutale Machtausübung.

Wie immer in Zeiten der Arbeitskrise ist auch in diesen furchtbaren Zeiten größter Arbeitslosigkeit dem deutschen Unternehmertum mächtig der Kamm geschwollen. Sein Kampf ruft laut: Nur Lohnabbau kann Deutschland retten! Unter „Deutschland“ verstehen die Unternehmer sich. Schon zu allen Zeiten der industriellen Entwicklung waren die Unternehmer bemüht, in Krisenzeiten durch Lohnabbau ihre Profitrate zu vergrößern. Etwas anders als in der Vorkriegszeit geht man heute dabei allerdings vor. Früher, vor allem als die Gewerkschaften noch nicht stark und mächtig waren, kürzte man in Krisenzeiten die Löhne durch einfaches, brutales Machtgebot. Heute ist das anders. Heute will man dem Lohnabbau ein bescheidenes Mäntelchen der Berechtigung umhängen. Die deutschen Unternehmer schreien über „übersehete“ Arbeiterlöhne, sie schreien, daß dadurch das Auslandsgeschäft zugrunde gehe, daß man mit dem Auslande nicht mehr konkurrieren könne, weil die deutschen Arbeiterlöhne die höchsten der Welt seien.

Ohne Schwindelereien geht es eben bei solchen Gelegenheiten bei den Unternehmern nicht ab. Kürzlich hat uns das Internationale Arbeitsamt etwas anderes erzählt. Es hat internationale Reallohnvergleiche herausgegeben. Und diese Vergleiche zerrufen sofort den Riesenschwindel der Unternehmer, man könne keinen höheren Lohn zahlen, weil im Ausland die Löhne noch viel niedriger als in Deutschland seien. Die Reallohnstatistik des Internationalen Arbeitsamtes mag in manchem mangelhaft sein, aber immerhin hat sie eine gewisse Klarheit über die tatsächlichen Löhne geschaffen. Klar hat sich erwiesen, daß der deutsche Lohn sehr erheblich unter dem englischen und amerikanischen Lohn liegt, und daß er auch wesentlich hinter den Löhnen in Dänemark, Schweden und den Niederlanden einberinkt. Gewiß, es gibt auch Löhne, die hinter den deutschen Löhnen zurückbleiben. Wir erwähnen Italien, Polen und die Tschechoslowakei. Aber das sind Länder, in denen seit jeher niedrigere Löhne als in Deutschland gezahlt worden sind; dies hängt zusammen mit der verblüffenden Anspruchslosigkeit, die italienische, polnische und vielfach auch tschechoslowakische Arbeiter an die Lebenshaltung stellen. Es kommt hinzu, daß diese Länder im internationalen Wettbewerb der Industrie wenig zu Buch schlagen; sie sind klein und können bei weitem nicht herantreten an England oder die Vereinigten Staaten.

Jedenfalls haben die Reallohnvergleiche des Internationalen Arbeitsamtes gute Aufschlüsse gegeben. Was machen nun die deutschen Unternehmer? Sie haben beim Internationalen Arbeitsamt in Genf den Antrag gestellt, die Veröffentlichung dieser Lohnstatistik einzustellen. Als Grund für diese Maßnahme geben sie an, die Statistik sei nicht zuverlässig. Ja, die Herren gehen noch weiter. Die Unternehmer behaupten, diese Lohnstatistik hätte dazu beigetragen, die Beziehungen zwischen den Unternehmerorganisationen und den Gewerkschaften zu „vergiften“. Wir sagten schon, die Statistik des Internationalen Arbeitsamtes mag einige Mängel aufweisen, was an der Verschiedenartigkeit der einzelnen Länder liegt. Der von den deutschen Unternehmern bemängelte internationale Protokoll ist unseres Erachtens allerdings nur eine theoretische Größe; ein relativer Vergleich ist aber trotzdem sehr gut möglich. Im übrigen kann man das Internationale Arbeitsamt für die teilweise noch rückständigen statistischen Methoden in den einzelnen Ländern nicht verantwortlich machen.

Das Internationale Arbeitsamt ist bemüht, die Statistik über die Reallohnverhältnisse zu verbessern. Zu diesem Zweck hat sich im Januar der Ausschuß über Löhne und Lebenshaltungskosten beim Internationalen Arbeitsamt eingehend mit diesen Dingen befaßt und

Verbesserungsvorschläge angenommen, die geeignet sind, noch vorhandene Fehlerquellen aus der Statistik zu entfernen. Entgegen den Wünschen der deutschen Unternehmer hat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes mit 17 gegen 1 Stimme beschlossen, die Statistik auf der neuen Basis fortzuführen. Aus diesem Grunde beginnt jetzt von den Goldschreibern der Unternehmer in der diesen ergebenden Presse eine durch tausend giftige Kanäle geführte Heßkampagne gegen die Lohnstatistik des Internationalen Arbeitsamtes. Der Zweck dieser journalistischen Heßkampagne stellt ganz offenbar heraus, daß es den Unternehmern nicht darum zu tun ist, die Statistik zu verbessern, sondern die wissenschaftliche Erforschung der Löhne in den verschiedenen Ländern der Welt zu verhindern.

Damit ist erwiesen, daß die deutschen Unternehmer in solchen Fragen das Licht der Weltöffentlichkeit scheuen und daß sie skrupellos alle Mittel springen lassen, um das Licht der Wahrheit zu verdunkeln und den seit dem vorigen Jahre in Deutschland eingeführten Lohnabbau zu beschönigen. Nach wie vor nützen sie ihre wirtschaftliche Machtstellung in diesen Krisenzeiten aus, um die Arbeiterlöhne und die Löhne der Angestellten noch mehr herabzudrücken. Wir beobachten dies jetzt sehr lebhaft in unserem eigenen Gewerbe, im deutschen Baugewerbe. Wir haben schon berichtet, in welcher brutalen Weise das organisierte Bauunternehmertum dem Reichsarbeitsvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten auf den Leib rücken will. In Zeiten besserer Baukonjunktur ist den Bauunternehmern ein Reichsarbeitsvertrag ganz angenehm. Da bietet er ihnen einen gewissen Schutz. Aber in Zeiten schlechter Konjunktur sehen sie in ihm eine lästige Fessel, während er den Arbeitern einen gewissen Schutz bietet. Und das soll nicht sein! Das läßt der Unternehmerrgoismus, das läßt der ungehemmte Ausbeutungsdrang der Schütz- und Genossen nicht zu. Wir haben bereits früher berichtet, daß in der Frage des Reichsarbeitsvertrages anfänglich die Verhandlungen aufgelassen waren, weil, wenn es nach den Wünschen der Unternehmer gegangen wäre und man diese von der Arbeiterseite akzeptiert hätte, von diesem Vertrage überhaupt nicht viel übriggeblieben wäre, so daß er für die allgemeinen Belange der deutschen Bauarbeiter nur noch wertlose weiße Salbe bedeutet hätte. Die Verhandlungen wurden später wieder aufgenommen. Wir haben darüber im vorigen „Grundstein“ berichtet. Die wichtigsten Punkte blieben, obwohl zwei Tage verhandelt wurde, immer noch unerledigt. Es wurde dann weiterverhandelt am 3. und 4. März. Wieder gestalteten sich die Verhandlungen äußerst schwierig. Nur in einigen wenigen belanglosen Punkten zeigten die Unternehmer einiges Entgegenkommen. Trotzdem handelt es sich immer noch um die endgültige Vereinigung wichtigster Punkte. Um die Mitte des März soll weiterverhandelt werden.

Neben den Parteiverhandlungen über einen neuen Reichsarbeitsvertrag laufen zurzeit die Parteiverhandlungen in den Bezirken über die Löhne. Soweit uns bisher bekannt ist, stellen die Forderungen der Unternehmer in den Bezirken alles bisher auf diesem Gebiet in Deutschland Dagewesene in den Schatten. Die Scharmacher in der Schwerindustrie dürften darob vor Neid bersten. Die deutschen Bauunternehmer sind eifrig bemüht, im Lohnabbaugehren der deutschen Unternehmer einen Reisesrekord aufzustellen. Wir erfahren, daß man im Berliner Baugewerbe den Stundenlohn um rund 21% herabsetzen möchte und außerdem durch Einsetzen einer dritten Lohngruppe die Löhne noch mehr zu verschlechtern sucht. Noch verrückter sind die Ansprüche auf Lohnabbau im Rheinland. Man fordert dort für die Großstadtgebiete Düsseldorf und

Köln eine Herabsetzung der Facharbeiterlöhne um nicht weniger als 38 % je Stunde. Das bedeutet eine Lohnsenkung um 28,15%. Den Hilfsarbeitern möchte man sogar 31,15% Lohnabbau zu schlucken geben. Für das Wuppertalgebiet und das linksrheinische Gebiet Krefeld-Gladbach, wo man eine neue Lohnklasse bilden will, soll dadurch der Stundenlohn sogar um 41 % gesenkt werden. Das bedeutet rund und nett, die Löhne um ein Drittel zu ermäßigen. Durch eine beantragte neue Lohnklasseneinteilung würde sich für die Gebiete Koblenz und Trier der Facharbeiterlohn sogar um 49 % verringern. Das bedeutete 37,7% Lohnabbau! Im Bezirk Freistaat Sachsen verlangen die Bauunternehmer die Herabsetzung aller Löhne auf den Stand vom 1. Juni 1925. Das bedeutet einen Abbau der Löhne um 35 bis 37 % je Stunde. Außerdem möchte man auch eine den Lohn noch mehr verschlechternde Lohnklasseneinteilung. Im Unterweser-Emz-Gebiet fordern die Unternehmer einen Lohnabbau um 25 % für Maurer und 22 % für Tiefbauarbeiter in der Spitze. Für die Provinz Sachsen-Anhalt wurde von den Unternehmern eine stark verschlechterte Lohnklasseneinteilung verlangt, außerdem sollen die Löhne gesenkt werden. In der Lohnklasse Magdeburg würde, wenn es nach den Anträgen der Unternehmer ginge, der Stundenlohn für Facharbeiter von 1,31 M auf 90 % herabgedrückt werden. Der niedrigste Facharbeiterlohn in der Provinz würde noch ganze 62 % betragen. Die Tiefbauarbeiterlöhne sollen sich zwischen 51 und 70 % je Stunde bewegen. Im Tarifgebiet Nordwestdeutschland laufen die Unternehmerforderungen etwas „bescheidener“. Sie verlangen die Zurückschraubung des Spitzenlohnes auf den 1. Januar 1927. Der beantragte Lohnabbau beträgt demnach für Facharbeiter „nur“ 22 % oder 16,7%. Im Lohngebiet Grenzmark verlangen die Unternehmer einen Lohnabbau von 22% bis 25%, außerdem wollen sie eine Anzahl Orte aus der Lohngruppe II in die Lohngruppe III drücken, so daß für diese Orte dann der Lohnabbau 32% bis 35% betragen würde. Unbescheiden ist man auch nicht im Reiche der Schwerindustrie, in Westfalen. Hier fordern die Unternehmer den Abbau des Spitzenlohnes für Maurer von 1,30 M auf 95 %. Die geforderten Lohnabzüge bewegen sich zwischen 35 und 49 % je Stunde!

Man kann sagen, daß die Bauunternehmer mit ihren Lohnabbauforderungen absolut nicht unbescheiden sind. Sie machen, wenn wir diese Lohnabbauversuche auf eine kurze Formel bringen, in Unternehmerrgoismus. Wir erfahren auch, daß sich überall die Parteien auch über die Person des unparteiischen Vorsitzenden im Bezirksarbeitsamt nicht einigen können, das scheint Parole „von oben“ zu sein. Die Unternehmer bauen auf das Reichsarbeitsministerium; das soll ihnen helfen. Jedenfalls ist das, was wir bisher über die Lohnabbauanträge der Unternehmer erfahren haben, eine freche Unverschämtheit, ja noch mehr, eine Provokation der deutschen Bauarbeiter! Man wüßte in der Not der Bauarbeiter herum mit jadischem Wohlbehagen und möchte ihre so schon aufs äußerste gedrückte Existenz auf ein solches Minimum beschränken, das dem permanenten Hungerzustand sehr nahekommt. Man denke: Unsere Kollegen waren im vorigen Jahre auch in Zeiten „bester“ Bauaktivität zu rund 40% arbeitslos und dies nur für eine vorübergehende, ganz kurze Zeitspanne. In der übrigen Zeit bewegte sich die Arbeitslosigkeit auf einem weit höheren Prozentsatz. Zurzeit sind rund 75% aller deutschen Bauarbeiter arbeitslos. Wir können sicher damit rechnen, daß sich im Jahre 1931 die Arbeitslosigkeit der deutschen Bauarbeiter nie unter 50% bewegen wird. Und trotz dieser großen Not, trotz des

mit solchen Zahlen verknüpften ungeheuren Glendsgenieren die Bauunternehmer sich nicht, mit solchen verrückten Lohnabbauforderungen aufzutreten! Während der kurzen Spanne Zeit, die sie noch Arbeit haben, sollen sich die zu Gelegenheitsarbeitern degradierten Bauarbeiter auch noch mit Hungerlöhnen begnügen! Man sagt beschönigend, man möchte damit die allgemeinen Baukosten verringern, um den Armen ebenfalls billige Wohnungen zu verschaffen. Bleibt uns doch endlich mit solchem Geschwafel vom Leibe! Durch einen Lohnabbau im Baugewerbe würde nicht ein Stein mehr verarbeitet und keine Wohnung mehr geschaffen! Hier handelt es sich nur um einen brutalen Versuch zur Erhöhung der Profitquote des Bauunternehmens! Wir haben es ja im Jahre 1928 erlebt. Auch damals funktionierte die Lohnabbaumaschine. Und das Bauunternehmertum versprach den Unparteiischen davon goldene Berge, man schwärmte, daß nunmehr die Bauwirtschaft stark zunehmen werde. Nichts dergleichen geschah! Im Gegenteil, in den Bezirken, wo die Löhne in einschneidender Weise abgebaut wurden, verringerte sich die Bauwirtschaft, und dort, wo die Löhne an und für sich bereits höher waren und vom Lohnabbau nicht so mitgenommen wurden, war die Bauwirtschaft befriedigender. Man erzähle uns keine Märchen! Die Bauunternehmer sind vom Machtkoller befallen! Die Frühjahrsbauten sind bereits abgeschlossen. Falls ein Lohnabbau gelänge, würde er auf die Baukosten keinen Einfluß mehr ausüben. Nur die Habgier des Unternehmertums, in Zeiten schlechter Konjunktur genau so viel zu verdienen wie in Zeiten guter Konjunktur, veranlaßt sie zu ihrem Vorgehen. Und dabei rechnen sie stark auf die Hilfe des Reichsarbeitsministers. Es mag sich nunmehr erweisen, ob der Reichsarbeitsminister ein Arbeitsminister für die Arbeiter oder gegen die Arbeiter ist. Das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit noch lange nicht gesprochen!

**Allen Phrasen über „hohe Bauarbeiterlöhne“ zur Beachtung!**

Die allwöchentlich durchgeführten Arbeitslosenzählungen unseres Bundes können immer nur Auskunft geben über die Zahl der jeweils arbeitslosen Kollegen, nicht aber über die Dauer der Arbeitslosigkeit. Ueber die Dauer der Arbeitslosigkeit können immer nur am Jahresluß mehr oder weniger zuverlässige Durchschnittsberechnungen angefertigt werden. Zuverlässiges Material über die Dauer der Arbeitslosigkeit ist aber gerade in der gegenwärtigen Zeit, bei den fast dauernden „Reformen“ des Unternehmertums für die Wahrung der Interessen unserer Mitglieder äußerst wichtig. Zur Erlangung solchen Materials: veranstaltete der Bundesvorstand mit dem 17. November als Stichtag, eine Sondererhebung über die Dauer der Arbeitslosigkeit unserer Bundesmitglieder, deren Hauptergebnisse nun vorliegen. Die Erhebung wurde in der Weise durchgeführt, daß jedem Mitglied eine vorgedruckte Karte zugeteilt wurde, die nach der Ausfüllung von den Baugewerkschaften wieder eingesammelt und dem Bundesvorstand zugeleitet wurden. Auf diese Weise sind 294 258 Karten mit den erbetenen Angaben an den Bundesvorstand gelangt. Damit haben sich rund 64 % unserer Mitglieder an der Erhebung beteiligt.

Die Ergebnisse bieten ein erschütterndes Bild über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Baugewerbe. Schon eine einzige Zahl aus den Endergebnissen dieser Erhebung genügt eigentlich, um die ganze Trostlosigkeit der Beschäftigungsverhältnisse aufzuzeigen, nämlich die Feststellung, daß nur 25 513, gleich 8,7 %, der an der Erhebung beteiligten Mitglieder in den 12 Monaten vor dem Erhebungstag nicht arbeitslos gewesen sind. Bei näherer Betrachtung stellt sich aber heraus, daß unter diesen 25 513 Glücklichen noch 5188 Lehrlinge sind, die eigentlich überhaupt nicht arbeitslos werden sollten und 1020 Bauwerkmeister (Polierer, Schachtmeister), deren Beschäftigungsverhältnisse naturgemäß etwas stabiler sind. Zieht man diese beiden Gruppen ab, so bleiben nur noch 19 327, gleich 6,5 %, der an der Erhebung Beteiligten übrig, denen ein glücklicher Stern bisher über diese Glendzeit hinweggeholfen hat.

Als nächste Ergänzung sei eine andere Zahl genannt, hinter der sich um so mehr Unglück und Hoffnungslosigkeit verbirgt: 18 197, gleich 6,2 %, der an der Erhebung beteiligten Bauarbeiter haben in den 12 Monaten vor dem Erhebungstage überhaupt keine Arbeit gefunden! Unter ihnen sind 12 560, die am 17. November schon länger als 52 Wochen arbeitslos waren. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß auch nur einer von ihnen bis heute Arbeit gefunden hat. Ihnen ist die Zeit, in der sie noch einen gesetzlichen oder sachungsmäßigen Anspruch auf irgendeine Unterstützung hatten, nur noch eine ferne Erinnerung. Und soweit man die Zukunft zu beurteilen vermag, bleibt Hoffnungslosigkeit auch ihr ferneres Los. — Zwischen diesen beiden Extremen stehen die anderen mit ihren Sorgen und Ängsten, die aus der Unsicherheit der Beschäftigungsverhältnisse entspringen. Von ihnen waren 38 349 Kollegen (rund 13 %) zwar nicht die ganzen 12 Monate hindurch, immerhin aber doch in diesem Zeitraum mehr als 39 Wochen arbeitslos. Nachdem nun seit dem 17. November 3 1/2 Monate verfloßen sind, werden auch von diesen Bauarbeitern die meisten das traurige Jubiläum der einjährigen Arbeitslosigkeit schon hinter sich haben. Unterstützung können auch sie nur noch von den Wohlfahrtsämtern erwarten. Zu den Wohlfahrtsempfängern werden inzwischen wohl auch die meisten Bauarbeiter aus der Gruppe gestossen sein, die am 17. November 27 bis 39 Wochen Arbeitslosigkeit innerhalb der vorausgegangenen 12 Monate hinter sich hatten. Das waren damals 64 076, gleich 21,8 %. Insgesamt dürften nach diesen Erhebungsergebnissen etwa 40 % der Bauarbeiter aus allen Unterstützungen ausgeschlossen und nur noch auf die Hilfe der Wohlfahrtsämter angewiesen sein.

Nach der ständigen Arbeitslosenzählung unseres Bundes waren am 16. Februar 1931 nicht weniger als 76 % seiner Mitglieder arbeitslos. Von ihnen wird also nur knapp die Hälfte noch Arbeitslos- oder Krisenunterstützung bekommen, wobei nicht zu vergessen ist, daß jetzt während der Zeit der sogenannten beruflichen Arbeitslosigkeit auch die Arbeitslosenunterstützung nur nach den Sätzen der Krisenunterstützung ausbezahlt wird. 88 570 Mitglieder, gleich 30,1 %, der an der Erhebung Beteiligten sind in dem Erhebungszeitraum 14 bis 28 Wochen arbeitslos gewesen. Auch von ihnen werden inzwischen wohl viele ausgeschlossen sein. Auf die Gruppe der 1 bis 13 Wochen Arbeitslosen entfallen 59 558, gleich 20,2 %. Gliedert man hiervon noch die Gruppe der 1 bis 4 Wochen Arbeitslosen aus, das sind also die, die man als kurzfristig arbeitslos bezeichnen könnte, so entfallen darauf nur 17 186, gleich 5,8 %. Das ist eine Bestätigung dafür, wie gering für jeden arbeitslos Gewordenen die Aussicht ist, schnell wieder Arbeit zu finden. Jeder, der arbeitslos wird, muß mit einer langandauernden Arbeitslosigkeit rechnen.

Ueberraschend ist die Uebereinstimmung der Endergebnisse der Sondererhebung mit den Endergebnissen der ständigen Arbeitslosenzählung für 1930. Aus den ständigen Arbeitslosenzählungen ergibt sich, daß im Durchschnitt 228 260 Mitglieder, oder 47,57 % unserer Gesamtmitgliedschaft das ganze Jahr hindurch arbeitslos gewesen sind. Könnte man den hierdurch entstandenen Ausfall an Arbeitstagen an alle Bundesmitglieder gleichmäßig verteilen, so würden auf jedes einzelne Mitglied 24,7 Wochen Arbeitslosigkeit entfallen. Zählt man andererseits die bei der Sondererhebung gemeldete Arbeitslosigkeit zusammen und teilt sie durch die Zahl der daran beteiligten Mitglieder, so ergibt sich für jeden einzelnen eine Arbeitslosigkeit von 24,8 Wochen. 24,8 Wochen, das sind 47,6 %, also rund die



„Wiederbelebung der Wirtschaft“

Halfte des ganzen Jahres. Die Uebereinstimmung der Endergebnisse ist also in jeder Hinsicht vollkommen und darf als Beweis für die weitgehende Zuverlässigkeit der beiden ganz unabhängig voneinander durchgeführten Erhebungen angesehen werden. — Die Uebereinstimmung läßt sich im einzelnen auch für die Berufsgruppen der Maurer und der Bauhilfsarbeiter feststellen. Bei den Maurern ergaben die ständigen Arbeitslosenzählungen im Jahresdurchschnitt eine Arbeitslosigkeit von 51,8 %, bei den Bauhilfsarbeitern von 53,5 %. Aus der Sondererhebung ergeben sich für diese beiden Gruppen 46,9 % und 51,9 %. In beiden Fällen sind die Ergebnisse der Sondererhebung also etwas geringer. Diese Differenz entsteht aber durch die Verschiebung des Erhebungszeitraumes. Wenn in den Sondererhebungszeitraum ist statt des Dezember 1930 der Dezember 1929 einbezogen worden, der gerade für die Maurer und Bauhilfsarbeiter eine bedeutend geringere Arbeitslosigkeit brachte als der Dezember 1930. Die Uebereinstimmung der Ergebnisse muß als Beweis für eine weitgehende Zuverlässigkeit beider Erhebungen angesehen werden.

Wer hinter statistischen Zahlen die Wirklichkeit zu sehen vermag, dem entfällt sich hieraus ein Bild unglücklicher Not und Trostlosigkeit; der sieht, daß die gesamte Bauarbeiterschaft in einen Zustand der Hoffnungslosigkeit zu versinken droht, der die Menschen zu allem fähig macht. Es wird höchste Zeit, daß die wirtschaftlichen und politischen Machthaber auch diesen Faktor in ihre Rechnung einsehen!

**Zum Etat des Reichsarbeitsministeriums.**

Anfang dieses Monats sind im Haushaltsausschuß des Reichstags die Beratungen über den Etat des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt worden. Unter Bundesvorsitzender, Kollege Nikolaus Bernhard, vertrat die Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion und die Interessen der Bauarbeiter. Er führte etwa folgendes aus: Der Reichsarbeitsminister habe in der vorigen Sitzung gesagt, daß er in der Arbeitslosenfrage keine Vogel-Strauß-Politik treibe. Man hätte sich darüber ehrlich freuen können, wenn nicht die Wirklichkeit damit im argen Widerspruch stände. Die Arbeitsbeschaffungsfrage sei für die Arbeitslosen wichtiger als jede Unterstützungsfrage. Gerade darin sei aber nicht genügend getan worden. Der Redner widersprach dann auch der Ansicht, wie der Reichsarbeitsminister einmal im Reichsrat geäußert hätte, nämlich, daß die Gesamtwirtschaft benachteiligt werde, wenn man die Bauwirtschaft pflege. Im Gegenteil; der Wirtschaft werde neues Leben zugeführt, wenn der Bauindustrie Kapitalien zugeführt würden. Das Baugewerbe habe bekanntlich eine Schlüsselstellung. Duhende von Industriezweigen würden in Bewegung gesetzt, wenn das Baugewerbe beschäftigt sei, beispielsweise würden mit dem Bau von Wohnungen und ihrer Vermietung tausendertei

gegenstände aus dem Markt gezogen. Es sei wohl richtig, daß der Reichsarbeitsminister nicht allein verantwortlich sei, sondern daß diese Frage sehr stark vom Reichsfinanzministerium und von der Gesamtregierung beeinflusst werden könne. Es müsse jetzt aber etwas geschehen; denn es sei allgemein bekannt, daß der Bauprodukt im Jahre 1930 in eine offene Krise eingetreten sei. Während in den Jahren vorher im Baugewerbe etwa 8,9—9,1 Milliarden Produktionswerte hätten geschaffen werden können, betrage nach Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung diese Zahl 1930 nur etwa 6,6 Milliarden. Wir hätten also einen Ausfall von über 2 Milliarden: 300 Millionen Industriebau, 500 Millionen Wohnungsbau und 1000 Millionen Ausfall an öffentlichen Bauten. Die Zuspitzung der Vermögenskrise am Bauprodukt sei gefördert durch die Konsolidierungsaktion für die kommunalen Schulden. Damit wäre praktisch eine völlige Enthaltung von der Erteilung neuer Aufträge verbunden. Richtig sei zwar, daß aus dem freien Kapitalmarkt im Jahre 1930 mehr Mittel geflossen wären. Aber diese Kredite hätten keinen Ersatz geboten für die ausfallenden Sparkassen- und Sozialversicherungshypotheken, weil ihre Zinsbelastung viel zu hoch sei. Unter der Krise des Bauproduktes litt naturgemäß am meisten die Bauarbeiter. Der Redner trug ausführliches Zahlenmaterial über die Größe der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe vor. Er forderte, daß die Interessen des Bauproduktes in dem Sanierungsprogramm der Gesamtregierung besonders berücksichtigt würden. Im Gegensatz zu dieser Forderung solle gerade die geplante Sanierung der Gesamtregierung ausschließlich auf Kosten der Bauarbeiterschaft vor sich gehen. Die Steuererleichterungen, die durch die Notverordnungen Gesetz geworden seien, beruhten doch allein darauf, daß der für den Wohnungsbau vorgesehene Teil der Hauszinssteuer gekürzt werde. Die Regierung betreibe damit genau das Gegenteil von Konjunkturpolitik. Sie müsse in dieser Zeit einen Konjunkturausgleich betreiben. In der Zeit, in der alle anderen Bauaufträge nachließen, müsse die Gesamtregierung mit Bauaufträgen herauskommen. Es sei notwendig, daß die Regierung sofort Maßnahmen ergreife, um den Bauprodukt zu beleben. Kleine Maßnahmen genügen nicht. Daß insbesondere kleinere und mittlere Wohnungen nötig seien, brauche nicht bewiesen zu werden. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln der öffentlichen Hand würden bestimmt nicht die Hälfte der notwendigen Wohnungen geschaffen. Wie sollten sich die Dinge in den nächsten Jahren gestalten, wenn hier nichts geändert werde? Ein planvoller Wohnungsbau müsse betrieben werden. Nach Möglichkeit müßten dabei die in Deutschland gewonnenen Baustoffe bei Bauarbeiten verwendet werden.

**Bauen tut not!**

Im Zusammenhang mit der Leipziger Messe veranstaltete der Deutsche Ausschuss für wirtschaftliches Bauen am 7. März in Leipzig eine Kundgebung: „Bauen tut not!“ Die Kundgebung unterschied sich von mancher anderen bauwirtschaftlichen Tagung angenehm dadurch, daß die maßgebenden Herren keine Affakten gegen die „hohen Bauarbeiterlöhne“ ritten und auch die „Zwangswirtschaft“ benah nur nebenbei erwähnten. Fast könnte man glauben, daß die Zwangswirtschaft überhaupt nur erwähnt worden sei, weil es nun in gewissen Kreisen zum guten Ton gehört. Die Vortragenden, besonders Herr Generaldirektor Arnold Knoblauch, redeten einem großen Teil der Versammlung so wenig nach dem Munde, daß schon während des Vortrages sich Unruhe und Zwischenrufe, und beim Schlusswort des Präsidenten Zurufe bemerkbar machten. Die Zu- und Zwischenrufer witterten gegen die „Sozialisierung“ und gegen die „Demokratenwirtschaft“, und forderten erregt (und im schönsten Sächsisch): Freie Wirtschaft wolle mir hab'n! — Unser Versuch, in persönlicher Rücksprache zu erfahren, was die Zurufer unter ihren Forderungen verstehen, verlief ergebnislos. Es stellte sich lediglich heraus, daß die Herrschaften über die Bedeutung der Begriffe keine auch für sie nicht brauchbare Vorstellung hatten. Ein gut Teil der Teilnehmer an der Tagung waren ortseingeweihte, einfach unzufriedene Kleinbürger, die etwas vom „Marxismus“ läuten geschäft haben, und sich nun darüber ärgerten, daß keiner der Redner das Radikalmittel deutscher Wirtschaftsführer, den Lohnabbau empfahlen hatte. Dieselben Leute, die die freie Wirtschaft forderten, generieren sich nicht, im gleichen Atemzuge vom Staat die Mittel zum Wirtschaften zu verlangen. Das macht den deutschen Unternehmern keinerlei moralische Magenbeschwerden, es belastet auch nicht ihr volkswirtschaftliches oder betriebswirtschaftliches Gewissen.

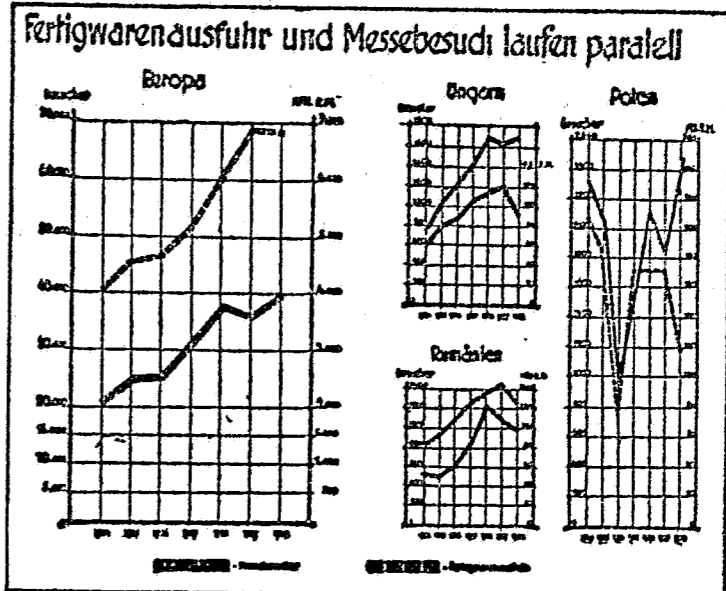
Die schwere Stunde der Bauwirtschaft, von der im Verlauf der Tagung oft und mit Recht gesprochen wurde, fand in Leipzig ein kleines Unternehmerrückgeleckt. Man hatte in zahlreichen Exemplaren den Prototyp deutschen Unternehmerrückgelecks vor sich, der niemals die Not der Bauwirtschaft, die gleichzeitige eine Not des Volkes ist wird beheben können. Wie groß diese Not ist, dafür gab der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler aus seinem Verwaltungsbereich einen ebenso treffenden wie erschütternden Einblick. An dem Beispiel der Stadt Leipzig zeigte er, welche Rückgänge an kommunalen Bauaufträgen zu erwarten sind. In Leipzig wurden 1929 für Hoch- und Tiefbauten noch 20 Millionen, 1930 noch rund 13 Millionen Mark ausgegeben, aber für 1931 konnten nur 2 1/2 Millionen vorgeesehen werden. Er wies darauf hin, daß die deutschen Gemeinden für insgesamt 1,3 Millionen Wohlfahrtsverwalter rund 1 Milliarde aufzuwenden haben, bekannte sich trotzdem zur Privatwirtschaft und verneinte die wohnungspolitische Berechtigung des Rückgangs der dem Wohnungsbau zuzuführenden Mittel. „Im Interesse der baldigen Wiederherstellung einer allseitig gewünschten freien Wirtschaft im Wohnungswesen“ die nach seinen Vorschlägen schon 1934 wiederhergestellt werden könnte. — Zeitgemäßer war der Vertreter des sächsischen Ministeriums mit der (gewissermaßen amüßigen, aber trotzdem) richtigen Feststellung, daß heute in Deutschland das Geld zu teuer ist. „Das braucht es nicht unbedingt zu sein!“ Durchaus angebracht war auch seine Bemerkung: Wir gebrauchen das Vertrauen des Auslandes, aber dazu ist notwendig, alles zu vermeiden, daß das Ausland zu der Meinung kommt, Deutschland stehe vor einer neuen Umwälzung. Auch die nationalsozialistischen „Been“ huldigen den Unternehmern werden die Bedeutung dieser Ausführungen verstanden haben. Der erste Vortragende, Herr Schuber, sprach über: „Die Lage der Bauwirtschaft und ihre volkswirtschaftlichen

**Auswirkungen.** Er zeigte die Zusammenhänge und die Bedeutung auf, die das Baugewerbe als ein Gewerbe mit einer Gesamtproduktion von 9 Milliarden Mark mit einer Zahl der Baubetriebe von 23 000 im Jahre 1928 auf 33 000 im Jahre 1929 gestiegen. Der Vortragende hatte wohl selbst das Gefühl, daß dies eine gesunde Ausblähung ist. Er sprach nämlich davon, daß die Reinigungsphase, die die Industrie im Jahre 1924 durchgemacht habe, im Baugewerbe erst jetzt komme. Herr Schubert kam zu dem Schluß, daß die langjährige Verflechtung des Staates mit dem Wohnungsbau und die fünf Millionen Arbeitslose den Staat als Auftraggeber verpflichtete. — Hatte dieser Redner noch das Ohr der Versammlung, so war dies bei dem zweiten Vortragenden, Herrn Knoblauch, der über: „Arbeitsmöglichkeiten in der Bauwirtschaft im Krisenjahr 1931“ sprach, nicht der Fall, trotzdem auch die von ihm gezeigten Wege keineswegs nach Sozialisierung rochen. Er vertrat die Meinung, daß bei der Inangabe der Bauwirtschaft Rücksicht auf den Staat genommen werden müsse, dessen Bestreben, Ordnung in die Finanzen zu bringen, nicht gestört werden dürfe. Aber es dürfen auch keine neuen Steuern beschlossen werden, weil dies die Kapitalbildung verhindere. Der Preisabbau müsse weiter durchgeführt und die öffentlichen Kosten herabgesetzt sowie die Verwaltungsarbeit vereinfacht werden. Der Bauwirtschaft können nur Auslandskredite helfen. Auch die Zinsätze müssen abgebaut werden. Nur durch diese Mittel könne die Kontinuität (eine ständige und fortlaufende Beschäftigung) des Baugewerbes gesichert werden. — Leben kam in die Versammlung, als der Vortragende feststellte, daß nach der Notverordnung in fünf Jahren die Wohnungswirtschaft wieder in „ihre natürlichen Bahnen gelenkt“ werden soll, was mit „Sehr-richtig“-Rufen quittiert wurde. Aber die Notverordnung nehme nicht genügend Rücksicht auf die Interessen der Haus-

besser. Trotzdem der Redner forderte, der Wohnungsbau müsse wieder rentabel gestaltet werden, erteilte er mit seinen Vorschlägen, die u. a. einen geringfügigen Vorgriff auf das künftige Hauszinssteuerauskommen enthielten, und die geeignet erschienen, das Bauvolumen über das gegenüber 1930 sonst zu erwartende Viertel hinaus zu steigern, keine besondere Begeisterung, ja sogar Gelächter, als er von der Rückzahlungspflicht der herzugehenden Hauszinssteuermittel sprach. Der Vortragende forderte vom Staat Reparaturkredite und Mittel für den Umbau großer leerstehender Wohnungen, um so, alles in allem, ein zusätzliches Wohnungsbauprogramm von 80 000 bis 100 000 Wohnungen zu ermöglichen. — Immer wieder gab es bei den Radikalverteidern der sogenannten freien Wirtschaft Widerspruch und Zwischenrufe. Und als der Präsident des Ausschusses, Regierungsbaurat Stegemann, zusammenfassend zum Ausdruck brachte, daß es bei aller Verschiedenheit der Auffassungen wohl doch gelingen sei, Wege zu zeigen, die aus der gemeinsamen Not, die alle einigen sollte, führen, begegnete auch er starkem Widerspruch. Man wollte die „freie Wirtschaft“. Die Widersprecher vermifchten die bekannten probaten Mittel des Lohnabbaues, an dem die Wirtschaft genesen soll. Unter starker Unruhe wurde die Kundgebung geschlossen. In der Garderobe machten die Enttäuschten ihrem unzufriedenen Herzen Luft!

Videant consules! hatte Baurat Stegemann bei Eröffnung der Tagung ausgerufen. Sind das nicht merkwürdige Verfechter der freien Wirtschaft, die immer dann am lautesten nach der Hilfe des Staates rufen, wenn es angebracht wäre zu zeigen, was die vielgepriesene freie Wirtschaft leisten kann? Niemand hindert doch die freie Wirtschaft, so viel und so billig zu bauen wie sie will. Aber in der privatkapitalistischen Wirtschaft hapert es eben mächtig.

nur zu hoffen, wenn das Inland kaufkräftiger gemacht wird. Die Kaufkraft des Innenmarktes ist durch Lohn- und Gehaltsenkungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit derartig geschwächt, daß eine Absatzstockung von nie gekannter Schwere eingetreten ist. Das kaufende Publikum in Deutschland wartet auf die Preisenkung deutscher Industrieprodukte vorläufig noch vergebens. So gute, brauchbare und reizende Sachen die deutsche Industrie auf der Musterchau in Leipzig auch zur Schau stellt, schließlich kommt es nicht auf die Zur Schaustellung, sondern auf die Abgabemöglichkeit an. Diese wird von der Kaufkraft gerade der breitesten Bevölkerungsschichten bestimmt. Wenn man aber auf der einen Seite für Lohn- und Ge-



haltsabbau eintritt, dann kann man auf der andern Seite keine Geschäftsbelebung erwarten!

Es würde zu weit führen über die Ergebnisse für die einzelnen Branchen zu berichten. Ueber die Baumeße berichten wir in einer der nächsten Nummern des „Grundstein“ besonders. Es sind gute, mittelmäßige und schlechte Geschäfte gemacht worden. Die Baumeße kannte in den ersten Tagen keine großen Abschlüsse. Später hat es sich etwas gehoben. Im ganzen blieb ihr Ergebnis mittelmäßig. Wir wollen hoffen, daß auch die diesjährige Frühjahrsmesse der Konjunktur einen Anstoß gegeben hat. Die Läger sind zum Teil geräumt, der Groß- und Einzelhandel ist gezwungen, zu Eindrückungen zu schreiten. In Leipzig hatte man Gelegenheit zu beobachten, in welchen Waren man vorteilhaft kaufen kann. Somit wird die Leipziger Messe zu ihrem Teil dazu beitragen, einen Umschwung in der deutschen Wirtschaftslage herbeizuführen. Wenn man die technische Messe zu beobachten Gelegenheit hatte, konnte man zu der Ueberzeugung kommen, daß mit der Industriemesse dieser Maschinen und Apparate der Produktionsapparat noch mehr überseht werden könnte. Aber solange nützliche, notwendige, für den Bestand des Lebens und der Kultur unentbehrliche Güter erzeugt werden, kann es keine wirkliche Ueberproduktion geben. Raum und Absatzfähigkeit ist für alle Waren und Verbrauchsgegenstände noch vorhanden. Wir haben es ja auch nicht mit einer Ueberproduktion, sondern mit einer Unterkonsumtion zu tun. Diese muß beseitigt werden, dann wird auch eine flottere Inangabe der Wirtschaft erreicht sein. Die Leipziger Messe hat gezeigt, welche unendliche Fülle von Waren die deutsche und ausländische Industrie hervorbringen vermag. Nunmehr mögen alle, die dazu imstande sind, beweisen, wie der Absatz dieser nützlichen und schönen Waren organisiert werden kann. Das beste Mittel ist hierfür die Hebung der Massenkaufkraft.

## Eine internationale Schaubühne der Weltwirtschaft.

An den Verlauf und Erfolg der diesjährigen Frühjahrsmesse in Leipzig wurden keine übertriebenen Hoffnungen geknüpft. Die Weltwirtschaftskrise, die Millionen Arbeitslose, das Daniederliegen zahlreicher Industrien und Gewerbe, alle diese Merkmale einer abnormalen Zeit ließen von vornherein erkennen, daß von einer wesentlichen Verkaufstätigkeit auf der internationalen Messe keine Rede sein konnte. Hat man aber diese internationale Messerschau durchwandert, so muß man immer wieder staunen über den verhältnismäßig großen Optimismus, der in der Welt vorhanden ist. Die Leipziger Messe ist und bleibt ein Anschauungsunterricht von so gewaltiger Eindringlichkeit, wie er ein zweites Mal nicht gegeben werden kann. Wenn man als ständiger Messebesucher die vielen Hallen durchwandert und auf der Technischen Messe die unzähligen Maschinen, Apparate und Geräte in Tätigkeit sieht, so hat man das Gefühl, den laufenden Wehlauf der Zeit beobachten zu können. Die Einblicke, die jeder von dieser Fülle des technischen Fortschritts erhält, sind überwältigend. Und wenn man auch glauben sollte, daß diesmal die technische Entwicklung ihren Höhepunkt erreicht habe und etwas Neues schlechterdings nicht mehr geschaffen werden könne, so zeigt die nächste Messe, daß der ruhelohe menschliche Geist wieder zahlreiche Neuheiten und Wunderwerke hervorgebracht hat. Gerade die Frühjahrsmesse 1931 dürfte in dieser Hinsicht eine Höchstleistung vollbracht haben.

Von den unruhigen Perioden nach der Inflation abgesehen, dürfte keine Messe in einer so frühen Zeit abgehalten worden sein, wie diesmal. Wenn die Kaufkraft der Konsumvölker derartig geschwächt ist, so hofft man nicht auf ein gutes Geschäft. Dennoch ist die Zahl der Ausstellerfirmen nur geringfügig zurückgegangen. Aus dem Reichsgebiet nahmen 7883 (im Vorjahr 8333) Ausstellerfirmen an der Messe teil. Aus dem Auslande waren 1154 (1207) Ausstellerfirmen erschienen. Außer Deutschland hatten 23 Länder Muster ihrer Waren in Leipzig ausgestellt. An der Spitze stand, das sollte man kaum für möglich halten, Japan mit 287, ihm folgte Oesterreich mit 219, die Tschechoslowakei mit 130, Dänemark mit 84, Italien mit 72, Polen mit 51, Frankreich 50, England 47, die Schweiz mit 25 usw. Ausstellerfirmen. Erstmals waren Norwegen und Finnland mit eigenen Kollektivmusterschauen erschienen. (Erstmals waren auch in voller Kriegsbemalung die Todfeinde der deutschen Republik, die Nazis, in Gestalt von Zeitungsverkäufern auf dem Gelände der technischen Messe er-

reichliches Verständnis vorhanden zu sein). Man bedenke, welche Lässigkeit dazu gehört, einen so riesenhaften Apparat wie die Leipziger Messe in Bewegung zu setzen. Die starke Beteiligung des Auslandes als Aussteller beweist, daß ein Konkurrenzkampf von noch nie dagewesenem Ausmaß entbrannt war. Es war ein harter Kampf um jeden einzelnen Kunden, der teilweise nur unter großem Preisdruck für die einzelne Firma gewonnen werden konnte. Jede Messe hat bisher eine gewisse Hoffnung in sich getragen. Diesmal war es der Glaube, daß infolge der Zurückhaltung des Handels, der Preisenkungsaktion usw. die Läger so geleert seien, daß es nur eines Anstoßes bedürfe, um sie wieder anzufüllen. Ob dieser Glaube sich im allgemeinen als richtig erwiesen hat, steht in diesem Augenblick noch keineswegs fest. Die Käufer waren diesmal nach Leipzig gekommen, um hier zu äußerst billigen Preisen einzukaufen zu können. Die scharfe Wirtschaftskrise, die Preisabbauphase und viele andere Merkmale haben diesen Glauben genährt. Teilweise war ein großer Preisrückgang in Leipzig festzustellen. Ob er ausgereicht hat, um das Geschäft wesentlich zu beleben, kann man nicht bestimmt behaupten.

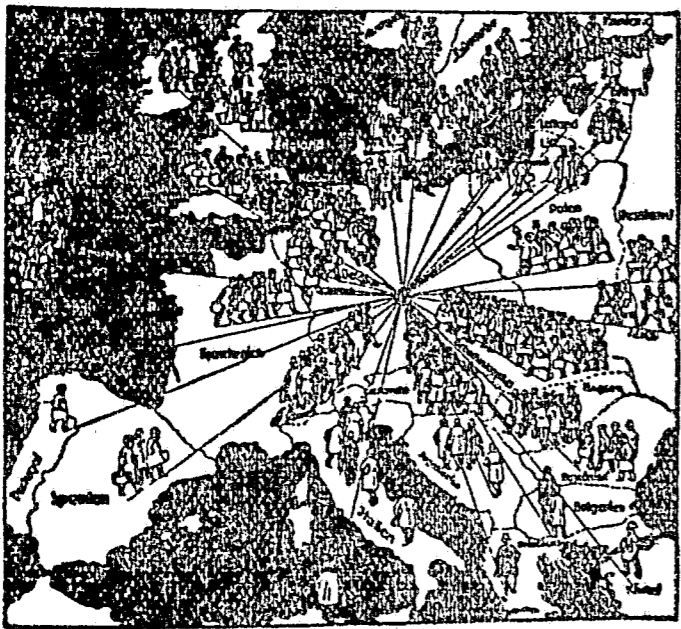
Wie aber auch der Preisabbau gemessen sein mag, er dürfte den Kaufkraftschwund durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen nicht ausgeglichen haben. Die Bedeutung der Leipziger Messe als Exportförderer darf nicht verkannt werden. In der Tat leistet das Leipziger Messtamt hierfür durch seine Werbekätigkeit sehr viel. Die Tätigkeit der elf eigenen Geschäftsstellen und mehr als 200 ehrenamtlichen Vertretungen an den wichtigsten Plätzen von 85 Ländern aller Erdteile bedeutet für die deutsche Industrie ein Aktium. Durch die unablässige Propaganda der Vertreter des Leipziger Messtamts werden deutsche Waren in allen Ländern bekannt gemacht. Deshalb verdient die Leipziger Messe jede mögliche Unterstützung. Wenn man bedenkt, in wie hohen Maße andere Länder die Exportwerbung geldlich unterstützen, so erscheint es einem unbegreiflich, daß der geringe Zuschuß des Reiches für die Leipziger Messe abgebaut wurde. Von der deutschen Fertigwarenausfuhr werden etwa 12 % durch die Leipziger Messe unmittelbar und mittelbar bewirkt. Im Frühjahr 1930 betrug die Zahl der nach Leipzig gekommenen Messebesucher rund 32 000. In diesem Jahre dürfte ebenfalls eine angemessene Zahl erreicht sein, wenn auch die Zahl der Einkäufer beispielsweise aus den Vereinigten Staaten wesentlich niedriger als im Vorjahr war. Es gibt keine bessere Gelegenheit, dem Auslande die Erzeugnisse der deutschen Fertigwarendindustrie in solcher Aufmachung zu zeigen, wie alljährlich in Leipzig. Wir sind deshalb davon überzeugt, daß auch die diesjährige Messe sehr wesentlich zur Verstärkung der Ausfuhr deutscher Industriewaren beigetragen hat. Auf der anderen Seite bildet die Leipziger Messe einen internationalen Warenmarkt wegen der Zur Schaustellung der Waren aus 24 Ländern. Etwa zwei Millionen deutsche Arbeiter und Angestellte sind in der Exportindustrie tätig. Jede Steigerung der Ausfuhr bedeutet naturgemäß eine Minderung der krisenhaften Auswirkung der Wirtschaftslage und eine Mehrbeschäftigung deutscher Arbeiter. Will man dies Ziel erreichen, so darf man sich logischerweise nicht gegen die Einfuhr fremder Waren absperrn. Der Vertreter der Auslandspresse, ein holländischer Journalist, hat beim Presseempfang in seiner Rede u. a. folgende Sätze nicht ohne Absicht geprägt: „Mehr als je scheint es mir erwünscht, daß die mächtige Stimme dieses Weltmarktes sich erhebt gegen eine Zollpolitik, die sich zu überflüssigen droht und die die Möglichkeit des internationalen Warenauslaufes immer mehr zurückdrängt. Man kann verstehen, daß die Leipziger Messe in allen Weltteilen um ihren Besuch wirbt. Man sollte sich aber darauf vorbereiten, daß das Ausland auf die Dauer auf diesen Ruf antworten könnte: Aber, wo stecken Sie denn? Durch die hohen Zollmauern können wir Sie ja gar nicht mehr wiederfinden!“ Diese Bemerkung eines Ausländers, der Deutschland kennt, sollte unsere Regierungsmänner zu denken geben. Das Ausland ist durchaus nicht bereit, deutsche Waren in Massen aufzunehmen, wenn man das eigene Land den fremden Waren verschließt.

Bei allem Vorzug der Leipziger Messe hinsichtlich der Ausfuhrsteigerung darf der inländische Markt nicht vergessen werden. Der größte Teil der in Leipzig zur Schau gestellten Waren wird und muß im Inland verbraucht werden. Die Inlandspropaganda sollte deshalb energisch in Angriff genommen werden. Jedoch ist auf einen Erfolg

## Sozialgesetzgebung

Wer ist von der Mietzinssteuer befreit? Im Manuskript der unter der obigen Ueberschrift in Nummer 9 des „Grundstein“ erschienenen Notiz ist übersehen worden, daß die dort mitgeteilten Sätze nur für den Freistaat Sachsen gelten. Die für Preußen usw. geltenden neuen Sätze konnten wir bis zum Abschluß dieser Nummer nicht ermitteln. Wir sind bemüht, dies so bald wie möglich nachzuholen. — Zunächst bringen wir das Wesentlichste über den Erlass der Mietzinssteuer in Thüringen. Zur Schonung der Bauern und des Mittelstandes wird dort eine geringfügige Grund- und Gewerbesteuer erhoben und dafür bei dem Erlass der Mietzinssteuer höchst unjünglich und engherzig verfahren. — Die sogenannte Aufwertungssteuer in Thüringen kann Sozial- und Kleinrentnern sowie Erwerbslosen, ferner kinderreichen Familien, Schwerkrriegsbeschädigten, unterstützungsberechtigten Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern und Personen, die aus der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstützt werden, erlassen werden; aber nur für die Wohnräume, die von solchen Personen bewohnt werden. Sie kann auch für ein ganzes Haus erlassen werden, wenn das Haus nur von einer Familie bewohnt wird. In allen Fällen kommt aber nur ein Erlass in Frage, wenn der Gesuchsteller bedürftig ist. Bedürftig ist nur der Haushaltungsvorstand, dessen verzeibarbares Einkommen 1000 M jährlich oder 83 M monatlich nicht übersteigt. Als Einkommen ist nicht nur das Einkommen des Haushaltungsvorstandes anzusehen, sondern es ist das Einkommen aller Haushaltungsangehörigen zusammenzurechnen. Auf die Natur des Einkommens, ob es Arbeitsverdienst, Arbeitslosenunterstützung oder Unterstützung der Wohlfahrtspflege ist, kommt es nicht an. Die Einkommensgrenze wird ziemlich schematisch gehandhabt. Es gibt keine Vorschriften, die diese Grenze erhöhen, wenn etwa der Haushaltungsvorstand eine größere Zahl von Angehörigen zu unterhalten hat. Nur ganz allgemein wird gesagt, daß eine Erhöhung der Einkommensgrenze zulässig ist, wenn besondere Umstände (große Zahl der Haushaltungsangehörigen, Krankheit, Gebrechlichkeit usw.) dies als billig erscheinen lassen. Es ist nun Sache der über das Erlassgesuch entscheidenden Behörden, ob eine Erhöhung der 1000-Mark-Grenze zugunsten des Gesuchstellers gewährt wird oder nicht. Die Erfahrungen auf diesem Gebiet sind recht ungünstig. In Thüringen ist der Antrag auf Erlass der Mietzinssteuer bei dem zuständigen Finanzamt zu stellen, bei dem auch Antragsformulare erhältlich sind.

Die Herkunft der 32 420 Auslandseinkäufer der Leipziger Frühjahrsmesse 1931.



Gesamtbesucherszahl: 180 000

schlenen. Mancher ausländischer Besucher wird so zum ersten Male einen Hiltzergesellen vor sein Angesicht bekommen haben. Er wird sich seine Gedanken gemacht haben, warum das Messtamt auf seinem Privatgelände staatsfeindliche Propaganda duldet. Das so lang und oft ersehnte Vertrauen des Auslandes zu Deutschland, um das auch Reichsbankpräsident Dr. Luther bei seiner großen Rede in Leipzig warb, wird durch die Nazipropaganda gewiß nicht gestärkt worden sein. Aber beim Direktor des Leipziger Messtamts scheint auch für diese Reaktion zu



# Unterhaltung und Wissen



## Der Blinde.

Mühsam hatte die blasse Frau gemeinsam mit dem kleinen, schwachen Sohn den Vater wieder an den steinigten, von Fremden viel begangenen Weg gebracht. Im Stolperschritt wankten jetzt die beiden wieder der ärmlichen Wohnung zu, die dort am Ende des kleinen Gebirgsdorfes hinter alten, verwitterten und zerfetzten Fischen stand. Die hagere Frau verdiente sich einen Notpennig durch schlecht bezahlte Hausarbeit. Auch der Sohn mußte schon mit seinen geringen Kräften arbeiten und schaffen helfen.

Dort saß nun der Vater, blind, die Hände zur Unkennlichkeit verkrüppelt, in einer Felssteinbuchung hart am Wege. Trotzig überthronten ihn kahle Bergwände, an die sich schuschelnd Sträucher und Bäumchen schmiegen. Schüchtern war seine Kleidung, notdürftig zusammengeschustert. Die Füße trugen alte, abgelaufene Schuhe. Unbedeutend das Haupt, auf dem lange, kornblonde Haare wild durcheinander wucherten. Sohlwangig war das Gesicht, die Backenknochen stießen hervor, die Jüge waren leidvoll verzerrt. Mühsam lag der Mund unter der kleinen Nase. Die blasse Stirn durchzogen tiefe Falten. Vor ihm lehnte an einem Stein ein Schildchen, das mit großen, weißen Buchstaben das Wort „Blind“ trug. Zitternd hielten die verhungerten Hände einen alten Hut. Hörte der Blinde keine Schritte, so stellte er den Hut vorsichtig tastend zwischen die mageren Beine und rückte sich unter Stöhnen behaglicher. — Die Sonne durchbrach die Zweige und fiel mit flimmerndem Schein auf den Blinden. Dieser zog langsam ein Taschentuch heraus und wuschelte sich damit über die schweißige Stirn. Tiefe Stille. Leise lipfelte ein warmes Windchen mit dem frischgrünen Blättergewirr.

Schritte hallten, ein Liebchen durchzifferte die warme Luft. Der Blinde tastete ängstlich über seine lahmen Beine zum Hut. Fest packte er ihn an der Krempe und hielt ihn weit vor sich. Die Schritte kamen näher. Dann tauchte ein Wanderbursche auf in hellen Wildlederknietaschen, die braune, sehnige Beine freiließen, in grasgrünem Hemd und mit wohlgepflegtem Scheitel. Der Rucksack war vollgepackt; auf ihm klapperte bei jedem Schritt ein weißfunkelnder Aluminiumkocher. Als der Wanderbursche den Blinden sah, verstumpte sein frühliches Liedchen. Mechanisch griff er in die Tasche, brachte ein Geldstück heraus und warf es dem Armen in den alten Hut. Dieser nickte dankend mit dem Kopf. Weiter schritt der Wanderer, eine Träne rollte über seine frischen Wangen. Lange hörte der Blinde noch seinen Trippel, aber das frühliche Liedchen schwieg. — Langsam griff der Blinde in den Hut, nahm das Geldstück heraus und ließ es in einem kleinen Beutel verschwinden. Zitternd strich er seine wirren Haare gegen den Wirbel und rückte sich behaglicher.

Schlürfende Schritte, leises Trüppeln, helles Gelächter. Damen erschienen in langen Blockenkleidern. Langsam stiegen sie auf ungeheurer hohen Schuhabsätzen über die kleinen Steinhindernisse. Ringe und Ketten blinkten an Arm und Hals. Lustig umspielte der Wind die Bubiköpfe. Der Blinde streckte ihnen mit trauriger Gebärde den Hut entgegen. Aber keines der Mädchen hatte Mitleid, nur verächtliche Blicke streiften den Unglücklichen. Stolz lachten und plauderten sie und gingen achlos vorüber. Hinterher schritten junge Herren in überbreiten Hosen, in roten und weißen Schuhen und mit modischen Köpferchen. Und der Blinde saß da und glaubte jede Sekunde, es fielen ein Geldstück in seinen Hut; aber nichts dergleichen geschah. Dann kam noch ein dicker Mann, der mit Anstrengung an seinem Leib zu schleppen hatte. Schnell blieb er einmal stehen, um zu verschauen und den dicken Schweiß vom Kopf zu wischen. Dann griff er schwerfällig in die Tasche, brachte ein Geldstück heraus und warf es dem Blinden mürrisch in den Hut. Der Blinde sprach einige Worte des



... und warf es dem Blinden mürrisch in den Hut.

Dankes. — Die Schritte verhallten. Feucht und tief lagen die Augen des Blinden unter der Stirn. Zitternd tastete er mit den Händen über den kahlen, nackten Felsen, um sich nicht ganz der Langeweile hinzugeben.

Und als dann der zwölfte Schlag vom Turm des kleinen Dorfes heraufklang, stieg die arme Frau den holprigen Weg empor, in der schmalen Hand den Kopf mit dem wenigen dürftigen Essen. Der Blinde kannte schon ihren Schritt, gern wäre er ihr entgegengekommen. Tränen rollten aus ihren Augen, als sie den armen Mann erblickte. Der schlürfte hastig nach der Begrüßung das wenige Essen, das

ihm die Frau darbot. Sorgsam erwies sie ihm noch einige Liebesdienste, um ihm das Harten und Sihen etwas behaglicher zu gestalten. Dann verließ sie ihn wieder, bis der Sonnenball feurig hinter die Berge tauchte.

Auch der Sohn kam öfters den felsigen Weg heraufgesprungen, um nach dem Vater zu sehen und mit ihm über wichtige Dorfereignisse zu sprechen. Doch der Blinde lauschte dem gern, brachte es doch einige Abwechslung in die graue Eintönigkeit seines armen Lebens.

Und so ein Tag wie der andere, kein Freudenchein, keine Zerstreuung, immer der ewige Kampf ums Dasein. Und nur die Armen kümmern das Dasein des Armen, die Reichen haben dafür nur Verachtung und Spott übrig. Menschheit — wie herrlich dieses Wort! Menschlichkeit — noch schöner! Leider findet es eine Stätte nur bei denen, die im Schatten leben. . . .

Martin Rott, Werblsdorf.

## Gedanken eines Arbeitslosen.

Geheimrat Bücher, der lächlige Mann, hat neulich Moral zu predigen an. Der Lebensstandard sei zu hoch gestiegen, wir müssen ihn wieder herunterbiegen. Dabei leben wir alle in bitterster Not, fast nur noch von Affenspeck und von Brot. Zu Mittag gibts manchmal ein paar Knochen, da läßt sich 'ne feine Suppe von kochen. Man tut dann viel Pellkartoffeln hinein, und Salz daran, dann schmeckt's wirklich fein. Wir mußten schon längst uns're besten Sachen nosegedrungen dem Pfandleiher vermachem; wer weiß, ob wir sie mal wiederholen. Im Keller sind weder Holz noch Kohlen. Darum geh'n wir meist sehr früh zur Ruhe. Wir haben auch nur je ein Paar Schuhe. Die Sohlen sind dünn und durchgelaufen, und neue können wir jetzt nicht kaufen.

So sieht der zu hohe Lebensstandard von Millionen in Wirklichkeit aus. Man fühlt sich von allen Seiten gearrt — es ist ein Jammer, ein Elend, ein Grauß! c. d.

## Die Kleinen hängt man . . .

Herr Soundso ist der Besitzer eines Sägewerks. Er lebt gut, fährt nur per Auto, hat seinen eigenen Chauffeur, macht kostspielige Babereisen „für seine angegriffene Gesundheit“ und läßt andere Leute für sich arbeiten. Er versteht es ausgezeichnet, die Arbeiter bis aufs letzte auszunutzen. Er zahlt die schlechtesten Löhne im ganzen Kreise, aber da dort wenig Industrie ist, sind viele Arbeiter auf ihn angewiesen. Der Herr ist auch noch gleichzeitig Generaldirektor einer großen Gesellschaft.

Er hat Konkurs erklärt. Die Schulden bestehen in rückständigen Steuern und Löhnen, sie belaufen sich auf 4500 M. Zu holen ist bei ihm nichts, denn er ist „gut preußisch“ eingerichtet. Die Fabrik und alles andere gehört seinem Sohn. Er wird wegen betrügerischen Konkurses angeklagt und — glänzend freigesprochen. Es seien keine Beweise für den Betrug da. Nach Schluß der Verhandlung geht der Herr „Generaldirektor“ mit einigen „Kollegen“ in eine Weinstube, um dort den Freispruch mit Sekt zu begießen.

Ein anderer Fall. Ein Arbeitsloser, Vater von fünf Kindern, steht vor Gericht wegen Wilddiebstahl. Er hat im Walde einen angeschossenen Hasen gefangen und ist dabei vom Förster ertrappelt worden. Der arme Teufel ist kein Generaldirektor und auch kein Sägewerksbesitzer. Es ist einer vom fünften Stande, einer von denen, die von den oberen Zehntausend als Faulenzer bezeichnet werden. In messerscharfer Rede begründet der junge Staatsanwalt seine Bestrafung mit sechs Monaten Gefängnis. Der Verteidiger schildert in bewegten Worten die Not des Angeklagten. Das Urteil lautet: Der Angeklagte wird wegen Wilderns zu vier Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt!

Sage niemand etwas über unsere deutsche Gerechtigkeitspflege!

## Ach, was mach'n Sie'n?

Das folgende wahre Geschichtchen aus älterer Zeit teilt uns der Kollege Karl Adler aus Dresden mit: Wir waren gerade beim Putzen eines vierstöckigen Neubaus. Unser Krauter war ein Original und hatte die Angewohnheit, wenn er auf den Bau kam, jeden zu fragen: „Ach, was mach'n Sie'n?“ Diese Frage stellte er auch dann, wenn er leichtlich wahrnehmen konnte, welche Arbeit ein Arbeiter gerade ausführte.

Unsere beiden Kalkmacher waren ebenfalls ein paar Originale. Sie holten gerade Sackkalk aus dem Parterre, und bei dieser Gelegenheit wurde im Parterre dann auch hin und wieder gemeinsam durchs „Fenster“ gesehen. Und ausgerechnet bei dieser Gelegenheit kommt der Krauter um die Ecke gestürzt und sieht die beiden „Astronomen“ bei ihrer Arbeit.

„Ach, Fröde, was mach'n Sie'n?“  
„Nisch!“  
„Nu, was mach'n da der andre?“  
„Der hilft mir!“

Der Krauter macht kehrt und steigt die Treppe hinauf. Dabei geht ihm etwas durch den Sinn. Der eine macht nicht und der andere hilft ihm? Also unser Krauter dreht wieder um und fragt Fröde, da ihm inzwischen die Erleuchtung gekommen war: „Nu, da mach't wohl alle beide nisch?“ „Ja,“ antwortete der brave Fröde, „nu kannste Dir's ja mal ausrechnen, was da raus kommt!“

Hoffentlich hat sich das dann der brave Meister auch wirklich ausgerechnet.

## „Im Westen nichts Neues!“

Nach einer Bahnfahrt von zwei Stunden ist die holländische Grenze erreicht. Ein holländischer Zollbeamter mit freundlichem Gesicht fragt kurz: „Niks do verpolve?“ Ein allgemeines „Nein!“ genügt ihm vollkommen.

Noch eine kurze Zeit und wir haben Enschede erreicht. Vor dem Bahnhof hält ein Milchkufer mit lachendem Gesicht und ruft uns zu: „Im Westen nichts Neues!“ Welch ein beschämendes Gefühl für uns deutsche Republikaner! Wir begeben uns zum Gewerkschaftshaus „Ons Heus“. Welch einfacher und doch schöner Spruch! Vor dem Haupte stehen etwa 15 „Meisjes“ und „Jongens“. Da wir Mitglieder eines Arbeitergesangvereins sind und die Holländer anscheinend für Gesang viel übrig haben, so dauert es nicht lange und das schöne Lied „Auf, Sozialisten!“ erschallt durch die Straße. Eine echte Volksveröhnung auch ohne Genf. Leider kommt ein „Poliz“ und verbietet das Singen auf der Straße.

In den Ruhestunden haben wir uns dann Enschede näher angesehen. Auch die engste Straße hat an jeder Ecke einen Weg für Radfahrer. Was mir als Bauhandwerker aber besonders auffällt, ist die Bevorzugung der Klinkersteinbauten.

Um 1.30 Uhr nachmittags stehen wir vor dem Alhambra-Theater. Als glückliche Kartenbesitzer stellt uns die Polizei gleich vorn an. Was einem besonders gefällt, ist das freundliche Wesen der Polizisten. Nach einigem Warten öffnen sich die Tore. In den holländischen Kinos darf geraucht werden, wovon denn auch reichlich Gebrauch gemacht wird, zumal die Rauchwaren für uns Deutsche billig sind. Eine sehr gute Zigarre ist schon für 6 Cent (6,10 ₤) zu haben.

Was sich aber nun in den folgenden zwei Stunden (ohne Aktpausen) abspielt, das ist der verdammtste Krieg. Da ich selbst zwei Jahre „vorn“ war, erlebe ich den Krieg noch einmal. Das Draufische an dem Film ist, daß es ein Tonfilm ist. Man hört die Geschosse zischen, das Beben der Erde, Hilferufe und was sonst noch zum Krieg gehört.

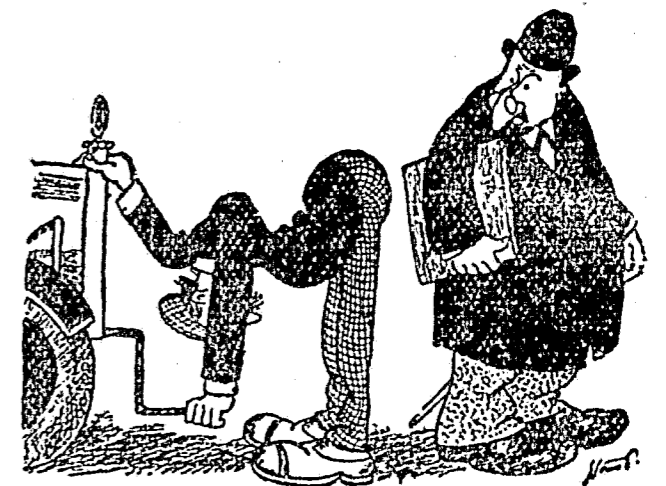
Wer da etwa reden möchte, der Film untergrabe moralisch unser Heer, dem sage ich, daß er lägt. Was den Sergeanten Himmelfoß angeht, so ist noch viel Schlimmeres geleistet worden. „In Löhne umfingeln!“ So nannte der Himmelfoß es, wenn er die Rekruten in der Kasernenstube unter den Tisch jagte. Ich möchte ein eigenes Erlebnis einschalten: Es war mitten im Winter, die Stube war fit und fertig gemacht. Alles war zum Schlafen bereit. Bekanntlich mußte auch der Ofen leergebrannt sein. Der Unteroffizier vom Dienst erscheint, aber nicht zum üblichen Abfragen. Wir begeben uns daher zu Bett, weil wir frieren. Etwa um 10.15 Uhr erscheint „unser“ Himmelfoß. Er war etwas angeäufelt. Daß wir uns, obwohl wir als Rekruten um 9 Uhr ins Bett sollten, schon zur Ruhe gelegt hatten, brachte ihn in große Wut. Wir mußten raus, im bloßen Hemd im Flur antreten und Turnübungen machen. Also bitte . . .

Den Nationalisten kann nur daran gelegen sein, die junge Generation für den Massenmord zu begeistern. Das wären sie nicht, wenn sie diesen Film sähen. Ich meine, dieser Film sollte in allen deutschen Schulen gezeigt werden, damit es endlich mit solchem sinnlosen Menschenmorden aufhöre.

Als wir das Kino verlassen hatten, herrschte unter uns eine gedrückte Stimmung. Aber allmählich bricht der Bann und überall werden Stimmen laut, wie es möglich sei, daß dieser Film in Deutschland verboten ist. Wir verstehen das nicht! Unsere heiligste Aufgabe muß sein, gegen dieses Verbot zu protestieren. Oder sollen unsere Kinder wieder Kanonensutter für die Kapitalistenklasse sein? Nein und niemals! Nein! Der Film muß in Deutschland laufen, damit jeder, der noch kriegsbegeistert ist, von dieser Krankheit endlich geheilt wird!

B. G.

## Der Mann, der zu spät geboren wurde.



„Sagen Sie mal, wie lange fährt denn so ein Auto, wenn es aufgezogen ist?“

Wette.

Durstig hatte wieder einmal einen fürchterlichen Durst und nur noch 10 ₤ in der Tasche. Er überlegte hin und her, wie er etwas zu trinken bekommen könne. Schließlich ging er in eine Wirtschaft und sah gerade, wie einem Gast ein großes Glas Bier serviert wurde.

Er ging auf ihn zu und sagte: „Ich wette 10 ₤, daß ich ihr Bier austrinken kann, ohne daß Sie es sehen!“

„Gemacht!“ war die Antwort.  
Durstig ergriß das Glas und leerte es auf einen Zug.  
„Aber ich sehe doch, wie Sie trinken“, protestierte der Mann.

„D wirklich, ja, Sie haben Ihre Wette gewonnen, hier die 10 ₤.“

Tragödie der Irrungen.

Daß die furchtbare Wirtschaftskrise mit ihrer ungeheuren Arbeitslosigkeit der beste Helfer sowohl der Reaktion als auch der radikalen Parteien ist, ist bekannt. Wir hätten keinen Anlaß, heute erneut diese Feststellung zu machen, wenn nicht ein ganz besonders markanter Anlaß dazu vorläge. Aus Kärnten ist uns das Bekennnis von acht Volksgenossen zu Nationalismus und Kapitalismus zugegangen: Ein nicht gerade kurzer Schreibbrief, der in jeder Zeile den niederen Bildungsgrad und das durchaus fehlende Vermögen zur Erkenntnis wirtschaftlicher und sozialer Vorgänge verrät. Hunger und Arbeitslosigkeit haben bei den acht, die sich „Geheimorganisation der acht ehemaligen SPD-Genossen und Gemerktschaffer“ nennen und nach Art der schwarzen Hand mit Kreuzen unterzeichnen, die „Erkenntnis“ geweckt, daß es unter Wilhelm II. besser gewesen sei. Deshalb müsse unbedingt Schluß gemacht werden, nicht nur mit den SPD-Wonzen, sondern mit allen Ministern, die der SPD, der KPD, (1) und dem Zentrum angehören. Anlaß zu ihrer Epistel ist ihnen unser Aufruf in Nr. 8 des „Grundstein“, „Josephs Flucht“. Im Gegenstoß zu allen klassenbewußten Arbeitern hoffen und wünschen sie und wollen auch aktiv dafür eintreten, daß von den Oberbezeichneten „einer nach dem anderen von der Bildfläche verschwinden werde“. Denn sie haben die Nase voll. Auch das „russische Siebenmonatskind“ soll bei ihnen an die Reihe kommen. Wie kann es bei dieser Auffassung anders sein, daß sie die für ihre Klasse besühmende Behauptung aufstellen: „Ein Arbeiter kann uns nie regieren“. Sie sehnen sich zurück nach der Krute, nach der Peitsche, nach

Leit das „Bauwerk“?

dem preußischen Kommissäres, die ihnen wahrscheinlich schon in der Vorkriegszeit den Verstand ausgegraben haben. Nach ihrer Auffassung rührt die Arbeitslosigkeit nicht von der Krise her, sondern davon, daß die Sozialdemokraten das Kapital bekämpft haben. „Das Kapital muß bekämpft werden, so haben sie alle geschrieben. Nun haben sie es geschafft. Nicht einmal, sondern zweimal. Erstens ist das Kapital durch die Inflation bekämpft worden und dann ist das Kapital solange bekämpft worden, daß die Kapitalisten ihr Geld ins Ausland gebracht haben. Nun ist kein Geld da; denn die Sozialdemokratie hat es ja bekämpft. Und die Unternehmer können deshalb keine Arbeiter gegen Lohn mehr beschäftigen. Wer da fragt, warum nicht? dem muß die Antwort gegeben werden, weil die SPD, das Kapital bekämpft hat.“ Aus diesem Konfusorium ziehen nun die acht ihre Schlussfolgerung, rufen „Heil Hitler“, wollen es mit Hugenberg & Hitler versuchen und wollen „die größte Propaganda für die Reichsparteien machen“. Alle Hoffnung setzen sie auf eine Rechtsregierung und den Kapitalismus! Und am 6. März ist es nun „losgegangen“; nur schade, daß niemand etwas davon gemerkt hat. „Wer bis zum 6. März das Kabinett Brüning nicht verlassen hat, somit auch den Reichstag, der wird sich freuen können auf das was da kommt.“ Und nach berühmtem Muster kündigen dann die acht vom Wartbestrang zum wiederholten Mal das Köpferrollen an.

Wie die Leute denken, die sich die acht Kärntner als ihre Heilsbringer auserkoren haben, zeigt unter vielem andern eine Anzeige in der „Brieger Zeitung“ vom 22. Februar. Dort bringen 3 Unikamer den Einwohnern von Kauern und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß sich angeblich die Bauarbeiter von Kauern zu einer Arbeitsgemeinschaft zur Verbilligung sämtlicher Bauarbeiten zusammengeschlossen haben. In Wirklichkeit sind es nicht die Bauarbeiter, sondern 3 Männchens, von denen zwei, nämlich ein gewisser Bauunternehmer Märgner und ein gewisser Langner, große Ortskronen der dortigen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sind. Zu ihnen hat sich ein dritter gesellt. Alle drei bieten sich nun an, unter Ablehnung des Achtstundentages, bei 10 Stunden täglich für einen Gesellensundenlohn von 85 %, einschließlich aller Soziallasten, Aufträge auszuführen. Kostenanschläge liefert diese famose „Arbeitsgemeinschaft“ des Hitlerianischen Dritten Reiches gratis. Märgner ist nationalsozialistischer Führer, Langner ist Wald- und Wiesenredner der Nazis. Eine Tatsache, an der jene acht in Kärnten erweisen können, welchen Himmel auf Erden ihnen Hitler und Hugenberg bereiten werden, wenn der Hitler-Hugenberg-Laden erst ein gros aufgejogen werden würde.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Geesthacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwalb in Emden wegen Tarifbruch; für Deckenrohrer die Firma Paul Bantke in Hannover wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes; wegen Nichtzahlung des Tariflohns die Regiearbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Jhehoe).

Stukkateure und Putzer: Die Stukkatura Richard Kiedke in Königsberg i. Pr. ist wegen Lohnunterschieden gesperrt.

Zielfesleger: Gesperrt ist in Krefeld wegen Tarifdifferenzen die Firma Meisz; in Nürnberg sind die Zielfesleger wegen Lohnunterschieden ausgesperrt.

Jolierer: Gesperrt ist die Jolierfirma Ritter, Kiel, Hafenstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gesperrt sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg/W. die Firma Alexander Kaczowski wegen Zahlung untertariflicher Löhne, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Bröncke und Emil Böhme, in Schwerin in Mecklenburg die Firma Brockmann, Ofenfabrik und Segeßgeschäft, in der Ofenfabrik Blumenfeld A. G. zu Vellien sind ernste Differenzen ausgebrochen.

Memelgebiet. Es ist uns gelungen, die alten Löhne bis zum 31. Januar 1932 zu verlängern. Wegen des Arbeitsstarifes wird demnächst verhandelt werden. Wir bitten die deutschen Kollegen, das Memelgebiet mit Zugang zu verschonen, bis wir auch mit unserem Arbeitsstarif in Ordnung sind. Arbeit wäre zurzeit doch nicht vorhanden. Sie würden nur unserer Kasse zur Last fallen. Vor allem seien die Kollegen in Tilksit auf diesen Zustand aufmerksam gemacht. Wir warnen sie davor, mit dem Grenzübertrittsschein nach hier zu kommen. Sobald wir die Verhandlungen über den Arbeitsstarif erledigt haben, werden wir sofort weiteres berichten.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Dresden. (Jugendleiterkonferenz.) In der Jugendleiterkonferenz am 1. März in Chemnitz berichtete Kollege Leipzig über die bezirkliche Jugendarbeit. 1930 waren im Bezirk 5538 Jugendkollegen organisiert. Durch die Bautenstillstände wurden noch 1182 unorganisierte Lehrlinge festgestellt; diese gilt es der Organisation zuzuführen. Im Bezirk bestehen 45 Maurer- und je zwei Töpfer- und Glaser-Jugendabteilungen. Sie veranstalteten 1930 insgesamt 228 Versammlungen, 1419 Bauabende, 93 Wanderungen, 44 Besichtigungen und 12 Ausstellungen, wovon von 21 988 Kollegen und Interessenten besucht wurden. Sehr viele unserer Lehrlinge waren arbeitslos. Gegenwärtig sind es 3053. Dem Abschluß von Lehrverträgen ist besondere Achtung zu schenken. Kollege Pflücker sprach über die Jugendarbeit im Reich. Auf die jungen Kollegen im Alter von 18 bis 25 Jahren und auf unsere arbeitslosen Jugendkollegen müssen wir ein besonderes Augenmerk richten. Für die Jugendschulungswochen muß unter den Jugendkollegen eine sorgfältige Auswahl getroffen werden. Eine rege Aussprache bewies, daß die Arbeit allerorts vorwärts schreitet. Anschließend sprach der Reichsjugendleiter über Rechts- und Ausbildungsfragen. Es ist für eine Lehrlingsordnung zu wirken. Mit den Berufsschullehrern und Gesellenauschussmitgliedern ist noch mehr zusammenzuarbeiten. Ein Bezirksjugendtag soll in diesem Jahre nicht abgehalten werden. Die einzelnen Jugendabteilungen sollen untereinander gemeinsame Veranstaltungen durchführen.

Aus den Baugewerkschaften

Baugen. In unserer Generalversammlung am 15. Februar gab nach Ehrung des Andenkens der verstorbenen Mitglieder Kollege Lorenz den Jahresbericht.

Nachdem er das Wesen dieser Wirtschaftskrise beleuchtet hatte, berichtete er über die Arbeitslosigkeit im Gebiet unserer Baugewerkschaft. Von den 1800 Mitgliedern der Baugewerkschaft standen im ganzen Jahr selten etwas mehr als ein Drittel in Arbeit. Diesen Umstand suchten vor allem die unorganisierten Unternehmer auszunutzen, um untertarifliche Löhne zu zahlen. Dies wurde in allen Fällen abgewehrt. Die Fachgruppe der Ofenseher hat sich nach dreiwöchigem Streik einen neuen Lohn- und Arbeitstarif erkämpft. Nach langen Mühen ist endlich unser Kollege Michalk als Baukontrolleur angestellt worden. Die Bundeskasse mußte im verfloffenen Jahr an die Baugewerkschaft einen Zuschuß von 27 000 M leisten, um die Verpflichtungen des Bundes gegenüber den in Not geratenen Kollegen zu erfüllen. Für die Lokalkasse wurden, einschließlich eines Kassenbestandes, 29 886,68 M vereinbart, ausgegeben wurden 22 920,08 M. Die Gesamtverwaltung und die Revisionen wurden einstimmig wiedergewählt. Mit Enttäufung wurde davon Kenntnis genommen, daß das Mitglied Petrasch in Crottau sich öffentlich als Nazi betätigt. Wegen die geistigen Verirrungen solcher Mitglieder soll mit aller Schärfe eingeschritten werden. Beschlossen wurde, von den arbeitslosen Mitgliedern wöchentlich 10 % Lokalkontribut zu erheben. Den Unterkassierern, die über 10 Jahre im Amt sind, wurden je 10 M als besondere Anerkennung zugesprochen. Ferner wurde zu einer neuen Lohnklasseneinteilung Stellung genommen. Bemängelt wurde, daß auf dem städtischen Neubau ein Polier und Lehrlinge Gehlöhnen ausfüllen. Das wäre Arbeit für erwerbslose Bauarbeiter, aber nicht für Poliere! Das städtische Bauamt sollte hier eingreifen. Auch das Benehmen eines anderen Maurerpoliers wurde verurteilt. Da in diesem Jahre eine große Anzahl Kollegen 25 Jahre der Organisation angehören, wurde für später eine Jubilarsfeier in Aussicht genommen. — Kollege Leipzig vom Bezirksvorstand berichtete darauf über die diesjährige Tarif- und Lohnbewegung der Hauptgruppen unseres Bundes. Im Schlußwort forderte Kollege Lorenz auf, jederzeit die Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation zu wahren und etwaigen Phrasen- und Maulhelden die Lüre zu weisen. Wann werden wir auch allen Stürmen gewachsen sein!

Wiesfeld. (Ein Jubilär.) In unserer Jahresversammlung 1930 wurde Karl Reichert als Bezirkskassierer für den mittleren Stadtbezirk gewählt. Dies Amt hat er bis zum heutigen Tage ununterbrochen treu und aufrichtig ausgeübt. Als junger Kollege hat er sich in seinen Wanderjahren viel Menschenkenntnis erworben. Er kommt deshalb mit den einheimischen und fremden Kollegen, den jüngeren und älteren, gut aus. Man kann fast sagen, die Kollegen in seinem Bezirk sind verwöhnt. Hat mal ein Kollege Sonnabends beim Kassieren kein Geld, dann geht Reichert Montags schon wieder hin und macht das Buch in Ordnung. Auch seine Frau hat ihn gut unterstützt. Oft hat sie, wenn ihr Mann auf einer entfernteren Baustelle arbeitete oder verhindert war, den „Grundstein“ vom Büro geholt und ausgefragt. — Am 1. März ist unser Freund Reichert auch 20 Jahre Vertreter der Zahlstelle Wiesfeld in der Generalversammlung unserer Baugewerkschaft. Mögen unsern lieben Karl und seiner Frau Anna die Arbeiten für den Bund nie zu schwer werden. Große Zukunft unserm Karl und seiner Frau!

Bunzlau. Am 25. Februar starb eines unserer ältesten Mitglieder, der Maurer Robert Breuer. Er war Mitbegründer der Zahlstelle Bunzlau und hat seit 1891 die Interessen der Bauarbeiter weit über den Kreis seines Wirkens hinaus erfolgreich vertreten. Auch in der schweren Zeit der Kriegsjahre hat unser Robert mit einigen anderen Alten all die Arbeiten erduldet, die von den örtlichen Leitungen verlangt wurden. Viele Jahre vertrat er die Kollegen als Mitgeselle in der Innung, mancher der Jüngeren konnte mit ihm über seine Gesellenprüfung sprechen, immer hat Kollege Breuer mit seinem Rat jedem einzelnen zur Verfügung gestanden. Auch in der Parteibewegung stellte er seinen Mann, er war Mitbegründer der Parteigruppe in Bunzlau und konnte bereits vor zwei Jahren sein 40jähriges Jubiläum als Mitglied der Partei feiern. Unser Robert ist 70 Jahre alt geworden. Er war ein leuchtendes Vorbild unserer Bewegung und hat mühsig gekämpft für die Interessen der Arbeiter. Wenn wir in seinem Sinne weiterwirken, dann werden wir damit das Andenken unseres lieben Robert am besten ehren!

Darmstadt. Unsere Generalversammlung war am 15. Februar. Das Andenken unserer im Jahre 1930 verstorbenen Mitglieder und auch des uns die Arbeiterbewegung sehr verdienten Genossen Duesel wurde in

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 16. Februar 1931.

Table with columns for 'Bezirksverband', 'Baugewerkschaften', 'Arbeitslose', and 'Gesamt'. It lists data for various regions like Königsberg, Danzig, Steffin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Rostock, Dresden, Nürnberg, München, Stuttgart, and Karlsruhe, along with a 'Zusammen' (Total) row and a 'Vorige Woche' (Previous Week) row.



verließ die Pfändung fruchtlos, wodurch den Kollegen 1100 M verloren gingen. Auf sozialem Gebiet konnten für die Kollegen 3702,05 M herausgeholt werden.

**Aus den Fachgruppen**

**Glaser.** Unsere Jahresversammlung war gut besucht. Aus dem Jahresbericht unseres Obmanns war zu ersehen, daß auch im vergangenen Jahre eine lebhafte Tätigkeit entfaltet worden ist.

**Halle/S.** Unsere Versammlung am 21. Februar war nicht gut besucht, obwohl die Kollegen wissen, daß es im nächsten Monat auch um ihren Lohn und ihr Brot gehen wird.

**Isolierer und Steinholzteiler.**

Aus dem Zentralschiedsgericht. Das Zentralschiedsgericht beschäftigte sich am 25. Februar 1931 mit einem Antrag der Baugewerkschaft Hamburg, in dem für die Verarbeitung von Rheinaplast und Rheinabit ein Erschwerniszuschlag verlangt wurde.

**Riel.** Seit Monaten führen wir einen Kleinkrieg mit den Unternehmern. Wegen des geringen Auftragsbestandes hat unter den drei anlässigen Firmen eine Schmutzkonkurrenz Platz gegriffen, die jeder Beschreibung spottet.

**Stukkafreier und Puffer.**

Stuttgart. Das alte Steckenpferd des Gipfermeisters Rank. Am 17. Dezember 1930 hatte das württembergische Wirtschaftsministerium die Handwerksmeister zu einer Sitzung eingeladen, um festzustellen, ob die Preiseneinkennungsparole der Regierung von den Handwerksmeistern befolgt würde.

regierungsrat konnte Herr Rank ja auch so dicke Löhne reden, wußte er doch genau, daß kein Arbeiter in dem Kreise der Auserwählten war, der seinen, die Gipser herabsetzenden Ausführungen entgegenzutreten konnte.

**Gämige Beitragszahler verlieren ihre Rechte!**

Für die Woche vom 8. bis 14. März ist der 11. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

**Abrechnung des Deutschen Baugewerksbundes über das 4. Quartal 1930.**

Table with financial details: Einnahmen (An Beiträgen, Streikbeiträgen, etc.), Ausgaben (Für 'Grundstein', 'Jungvolk', etc.), Bilanz (Einnahme, Ausgabe, Mehrausgabe).

Berlin, 7. März 1931.

Vorliegender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassendüchern und Belegen übereinstimmend befunden.

Die Revisoren:

Philipp Werner, Wilh. Falz, Aug. Wartenberg, C. Hellmuth.

**Allgemeine Rundschau**

Großkapitalisten bei den Sowjets. Zwanzig deutsche Industrielle, darunter hervorragende Führer bei den Lohnabbaubestrebungen, sind nach Moskau gereist.

Die 'Volksfürsorge' als Kreditinstitut. Von großer Bedeutung für ein Lebensversicherungsunternehmen ist immer die möglichst sichere und günstige Anlage des vorhandenen Vermögens.

Reichsbanner marschiert! Auf diesen Film, herausgegeben vom Film- und Lichtbilddienst, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, sei besonders aufmerksam gemacht.

**Bekanntmachung des Bundesvorstandes**

Abhanden gekommen durch einen ungekreuzten Kassierer und nicht mehr aufzufinden sind die Mitgliederbücher der Kollegen: Ludwig Knoll, Kanalarbeiter, geboren 18. Februar 1869 in München...

**Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.**

- Allenstein. (Tharden.) Franz Reuß, Maurer, 35 Jahre. (Leubersdorf.) Friedrich Zech, Maurer, 57 Jahre. (Ansbach.) Johann Strahler, Maurer, 33 Jahre alt.

Landsberg (Warthe). Auf Wunsch unserer Vertreterversammlung werden in unserer Baugewerkschaft...

Schneidemühl. Solange nicht mehr bezahlt.

Erklärung. Die gegen den Maurer Franz Keller, Leipzig, Röntgenstr. 23 I, ausgesprochene Beschuldigung nehmend, weiß unwahr, zurück. Friedrich Reindl, Leipzig, Rantstädter Steinweg 43.

Bücher u. Schriften

Die Wohnungswirtschaft nach der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930. Die Kritik der deutschen Mieterschaft und ihre Forderungen. Herausgegeben vom Bund Deutscher Mietervereine. Verlagsgesellschaft des Bundes, Dresden 16, Böhmische Str. 30.

Beschäftigten aller sein richtiges Bild mehr gibt. Im Januar 1931 waren in 130 Betrieben 9719 im Durchschnitt 75 Arbeiter und Angestellte tätig.

Die Wohnungswirtschaft nach der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930. Die Kritik der deutschen Mieterschaft und ihre Forderungen. Herausgegeben vom Bund Deutscher Mietervereine. Verlagsgesellschaft des Bundes, Dresden 16, Böhmische Str. 30.

Nr. 4-3775 singt der Tenor Carl Hartmann mit Orchesterbegleitung ein feischtrübendes Rheinfisch, Rosen und Reben von B. Küling und Serzensfrühling von F. v. Biedde. Die Platte 4-4006 enthält das Vorspiel zu 'Lohengrin' und den Brautchor aus 'Lohengrin'.

DAS BAUWERK

Die verlorene Gesundheit zurück Herbaria-Kräuterheilmittel

welche wir jetzt in folgenden alten, erprobten und praktischen neuzeitlichen Verbrauchsformen herstellen:

- Herbaria-Kräuter-Tees. In der allbewährten Güte hergestellt, wirkungsvolle Spezial-Kräuter-Mischungen. Laufende von Dankschreiben! Es gibt gegen jedes Leiden eine besondere Spezial-Mischung.
Herbaria-Kräuter-Pulver. Aus Herbaria-Kräuter-Mischungen hergestellt. Können in Wasser oder Milch vermischt leicht genommen werden.
Herbaria-Kräuter-Kapseln. Mit Herbaria-Kräuter-Pulver einnehmende Opaten-Kapseln. Sehr wirksam! Viele Anmerkungen!
Herbaria-Kräuter-Tabletten. Aus Herbaria-Kräuter-Pulver hergestellt. Können in Wasser oder Milch vermischt leicht genommen werden.
Herbaria-Kräuter-Säfte. Von frischen Kräutern abgepresste Kräuter-Säfte in wirksamer Zusammenstellung durch das Spezial-Verfahren erhalten bleiben die wertvollen Vitamine erhalten.

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung! Stärke 25x50 bis 60 mm breit. 100 90 80 75 70 60 50 cm Sämtl. Werkzeuge, Bekleidung laut Katalog sofort lieferbar.

Aha, endlich die richtige Quelle! KippenSpeck... Pfid. 0,38. SchinkenSpeck... Pfid. 1,15. Cervelatwurst... Pfid. 1,38.

Das neue, "Buch des Siedlers u. Eigenheimfreundes" enthält 57 Ansichten, Bauzeichnungen, Kostenaufgaben für Ein- u. Mehrfamilienhäuser u. zeigt den Weg, wie sich jed. durch Heranziehung öffentlicher u. gemeinschaftlicher Mittel ein eigenes Haus von 1000,- Mk. Eigenkapital an auf je 10.000,- Mk. Bauwert erbauen lassen kann.

Reellste Bezugsquelle! Neue Gänsefedern von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität Pfid. 3,-, nur kleine Federn (Halbdäun.) 4.50, Daunen 6.25.

Wilhelm Pahr. Jetzt: Berlin, Brunnenstr. 78. Louis Mosberg. Berufskleidung Werkzeuge. Preisliste gratis. Billige böhm. Bettfedern nur reine, gutfüllend. Sorten Ein Kilo, grau geschliss.

Einige der Tausende Dankschreiben: Bin im 70. Lebensjahr und benutze Arteriosklerose-Zee und Arteriosklerose-Tabletten seit einigen Wochen, der Erfolg ist überraschend. Durch Blutreinigung des Körpers ist bedeutend besser, Schwindelanfälle sind fortgeschwunden.

Herbaria - Kräuterparadies, Philippsburg 306 (Baden) Ferner stellen wir alle ungemischten naturreinen Frucht-, Gemüse- und Heilkräuter-Rohstoffe her, wie z. B. Bienenfett (bei Scharfheit, Gicht, Rheuma, Jodias), Brennnesselsaft (eisenhaltig zu Blutbildungs- und Blutreinigungszwecken).

Josef Witt, Weiden 54 Oberpfalz. Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken. Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte. 1. Weißes Hemdentuch schwere, gute, sehr haltbare - .28. 2. Vorhangstoff sog. Gardinen, mit edl. indanthrenfarbigen Streifenmustern 70 cm breit, per Meter - .19.